



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Der Canossagang der deutschen Sozialdemokratie : ein
Epilog

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Canossagang der deutschen Sozialdemokratie

Ein Epilog

Von Dr. Friedrich Chimme

Die nachfolgenden, wertvollen Tatsachenzusammenstellungen des bekannten Historikers glauben wir unsern Lesern nicht vorenthalten zu dürfen, wiewohl wir uns seiner Beurteilung dieser Tatsachen nicht durchweg anschließen können.

D. Neb.



parallel dem im Friedensvertrage von Versailles gekrönten Streben der gesamten Entente, dem unterlegenen deutschen Volk ein Bekenntnis seiner Kriegsschuld abzupressen: ein Bekenntnis, das zur moralischen Rechtfertigung der diesem Volke auferlegten unmenschlichen Opfer und Lasten dienen sollte und dient, geht das Streben des Ententesozialismus, auch der Sozialdemokratie ein Schuldbekenntnis abzunötigen. Und zwar gleich ein doppeltes Schuldbekenntnis, ein allgemeines deutsches, das die Verantwortlichkeit für den Krieg Deutschland zuweist und ein spezielles sozialdemokratisches Schuldbekenntnis, das eine Mitschuld der „kaiserlichen“ Sozialdemokratie an dem Ausbruch und der Führung des Krieges konstruiert. Die Gründe für das Verlangen des Ententesozialismus, innerhalb dessen sich die Franzosen und Belgier durch besonders hartnäckiges Festhalten an der doppelten Forderung hervortun, während die englischen Sozialisten der Schuldfrage ein geringeres Interesse entgegenbringen, sind durchsichtig genug: dem deutschen Sozialismus, dem Sozialismus überhaupt sollte die Möglichkeit unterbunden werden, um den den Mittelmächten auferlegten Gewaltfrieden, der doch vor allem ein Verbrechen gegen die dem Sozialismus immanenten Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vorstellt, zu bekämpfen. Wenn durch ein Bekenntnis der deutschen Sozialdemokratie festgelegt ist, daß das deutsche Volk den jahrelangen Krieg und damit auch die ganze Härte des Friedensvertrages selbst verschuldet hat, und daß die deutsche Sozialdemokratie daran mitschuldig ist, so ist jedes deutsche Streben nach einer Revision des Friedensvertrages von vornherein lahmgelegt, einer Unterstützung dieses Strebens durch den geeinigten Sozialismus, welchen die Entente wie nichts anderes fürchtet, die Stoßkraft genommen. Indem also der französische und belgische Sozialismus die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt zur Ablegung jenes doppelten Schuldbekenntnisses drängte, besorgte er nur die Geschäfte des blutrünstigen und rachedurstigen französischen und belgischen Chauvinismus. Natürlich ist der Ententesozialismus klug genug, um seine Interessengemeinschaft mit dem Chauvinismus und — Kapitalismus jener Länder hinter der heuchlerischen Phrase zu verstecken, daß erst ein volles Schuldbekenntnis der deutschen Sozialdemokratie die Atmosphäre reinigen, die Wiederaufnahme der deutschen Sozialisten in die verstorbene und begrabene Internationale rechtfertigen und ein gemeinsames Vorgehen des neugeeinigten Sozialismus im Sinne der Völkerversöhnung ermöglichen könne. Auf eine solche Argumentation konnte aber nur der verstiegene ideologische Doktrinarismus der Unabhängigen Sozialdemokratie hereinfallen. Diese hat sich in der Tat das Geschrei des Ententesozialismus nach dem doppelten Schuldbekenntnis der deutschen Sozialdemokratie von vornherein zu eigen gemacht, ja

sie fordert das eigene Schuldbekenntnis ihrer Rivalen von der Mehrheitssozialdemokratie womöglich mit noch größerem Ungestüm als selbst Franzosen und Belgier. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist ja auch parteipolitisch nur zu sehr dabei interessiert; denn wenn wirklich die Mehrheitssozialisten sich zu dem Bekenntnis einer völlig fehlerhaften und schuldhaften Kriegspolitik verstünden, so wären sie moralisch erledigt, und die Unabhängigen könnten bald allein herrschen auf der weiten Flur des deutschen Sozialismus.

Der deutschen Mehrheitssozialdemokratie freilich mußte es nach ihrer ganzen seit Kriegsausbruch eingenommenen Haltung furchtbar schwer fallen, in ein noch so verklauzuliertes Schuldbekenntnis zu willigen. Sie hat von Anfang an — zu ihrem hohen Ruhme sei es gesagt — das stolze Wort wahr zu machen gesucht, daß sie in der Stunde der Gefahr zu ihrem Volke stehe; und sie sollte hinterher nun dieses Volk, sollte sich damit selbst preisgeben? In der Frage der Verantwortung hat sich die Sozialdemokratie während des Krieges ja einer bestimmten Stellungnahme enthalten; mit gutem Grunde wies sie immer wieder darauf hin, daß dieser Frage ernstlich erst nach dem Kriege nähergetreten werden könne. Aber bis tief in den Krieg neigten die maßgebenden Führer der Mehrheitssozialdemokratie doch dazu, die Schuld nicht bei Deutschland, auch nicht im engeren Sinne des „kaiserlichen Deutschlands“ zu suchen. Es sei hier nur auf die große Rede verwiesen, die der nachmalige Reichsminister Eduard David am 6. Juni 1917 vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm über das Thema: „Wer trägt die Schuld am Kriege?“ gehalten, und die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei als Broschüre herausgegeben und damit als parteioffiziös anerkannt hat. Darin heißt es mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit: „Wie ich die Schuld am Kriege nicht auf deutscher Seite sehen kann, sondern genötigt bin, sie auf Grund des mir zugänglichen Materials den Staatsmännern der feindlichen Mächte, den Betreibern der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, den Vertretern der Eroberungs- und Aufteilungspolitik gegen die Türkei und Österreich-Ungarn zuzumessen, so muß ich denselben Männern die ebenso schwere Schuld an der Verlängerung des Krieges aufbürden.“ Ausdrücklich hat sich David in Stockholm noch zu dem Glauben bekannt, daß für Deutschland der Weltkrieg ein Verteidigungskrieg und nur ein Verteidigungskrieg sei.

In der Festigkeit dieses Glaubens ist die deutsche Sozialdemokratie auch durch die Denkschrift des Fürsten Richnowsky, die kaum jemand schärfer gezeißelt hat als Scheidemann, nicht ernstlich erschüttert worden. Noch nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte, nach der Revolution, die jede Rücksicht auf das „kaiserliche“ Deutschland wegräumte, blieb die Mehrheitssozialdemokratie in der Schuldfrage im Gegensatz zu den Unabhängigen, die von Stund an mit vollen Backen in das Horn der deutschen Selbstbezüglichung stießen, auf dem durch deutsche und eigene Selbstachtung gebotenen Standpunkt stehen. Die internationalen sozialistischen Kongresse in Bern, Antwerpen, Luzern gaben den Führern der Mehrheitssozialisten reiche und willkommene Gelegenheit, ihren Standpunkt zu vertreten. Auf der Konferenz in Bern im Februar 1919, wo zum ersten Male die Frage der Schuld und der Verantwortung am Kriege in aller Breite verhandelt wurde, bekannte sich der nachmalige Reichskanzler Hermann Müller zu der Auffassung: „Alle Regierungen sind verantwortlich am Kriege, besonders

auch an dessen Ausbruch". „Nicht nur die deutschen Militaristen, sondern die Militaristen von ganz Europa tragen die Schuld am Kriege". Ja, Müller betonte noch: „Der für den Krieg ausschlaggebende Faktor war die russische Mobilmachung". Und er warf in diesem Zusammenhang die bedeutsame Frage auf, ob wohl die französischen und englischen Diplomaten alles getan hätten, um diese verhängnisvolle Mobilmachung zu verhindern! Von einem noch so entfernten eigenen Schuldbekenntnis der Mehrheitssozialisten war in den mannhaften Worten Hermann Müllers ebensowenig etwas zu spüren, wie in der Rede von Otto Wels, der vielmehr der von den französischen Sozialisten versuchten „Brandmarkung" der deutschen Sozialdemokratie in schärfster Weise entgegentrat. Auch die von den Mehrheitssozialisten in Bern eingebrachte Resolution lehnte jede Mitverantwortung der deutschen Sozialdemokratie für den Ausbruch und die Führung des Krieges rundweg ab. „Wir haben den Krieg nicht gewollt und nicht geführt".

Dieselbe Haltung hat die Sozialdemokratische Partei gegenüber dem Verlangen der Entente eingenommen, daß Deutschland seine Schuld und Verantwortung in dem Versailler Friedensvertrage mit seiner Unterschrift anerkennen solle. Als eine dem deutschen Volke zugemutete Ehrlosigkeit hat Scheidemann dieses Verlangen als Ministerpräsident gebrandmarkt. Und Scheidemanns Nachfolger Bauer hat bei der schicksalsschweren Beratung des Friedensvertrages in der Nationalversammlung am 22. Juni 1919, nicht zuletzt im Namen der Sozialdemokratie erklärt, daß Artikel 231 des Vertrages, durch den sich Deutschland als alleinigen Urheber des Krieges bekennen sollte, nun und nimmer unterschrieben werden könne.

Als die Unterschrift dann doch erzwungen wurde, und Hermann Müller seinen Namen unter das Friedensinstrument setzte, hat das an der inneren Selbstbehauptung der Sozialdemokratie nichts ändern können. Wenigstens war die Haltung der Partei auf den sozialistischen Kongressen in Antwerpen und in Luzern im Juli und August 1919 keine andere als in Bern. Mit Entrüstung hat es Legien, der Vorsitzende des (alten) Internationalen Gewerkschaftsbundes, von sich gewiesen, in Antwerpen die deutschen Arbeiter und die deutschen Gewerkschaften für kriegsschuldig, oder auch nur für mitschuldig an den Maßregelungen und Deportationen der belgischen Arbeiterschaft während der Kriegszeit zu erklären; sie seien ebensowenig kriegsschuldig wie die Arbeiter Englands, Frankreichs oder irgend eines anderen Landes.

Angesichts dieser klaren und festen Stellungnahme der deutschen Mehrheitssozialdemokratie durfte erwartet werden, daß sie ihre volle Selbstbehauptung auch gegenüber neuen Zumutungen aufrecht zu halten wissen würde, die für den Zutritt des jüngsten Genfer Internationalen Sozialistenkongresses vorherzusehen waren. Mit Fug hätten ihre Delegierten diesmal eine neue Erörterung der Schuldfrage, für die namentlich die Engländer jedes Interesse verloren hatten, ablehnen können; und sie würden auch den französischen Sozialisten gegenüber damit um so mehr durchgedrungen sein, als in Genf nur ein Grüppchen französischer nationalistischer Sozialisten vertreten war, deren Anerkennung durch den Kongreß zweifelhaft genug schien. Diesen Pseudo-sozialisten gegenüber, die in einer eigens mitgebrachten Anklageschrift von der „niederträchtigen Politik" der deutschen Sozial-

demokraten zu reden wagten, wäre in jedem Fall die Wahrung des deutschen Standpunktes doch wohl besonders angezeigt gewesen.

Aber es scheint, die deutsche Sozialdemokratie war des langen Habers um Schuld und Verantwortung, der das endgültige und wirksame Inslebentreten der sozialistischen Internationale zu hemmen drohte, müde geworden, und wollte ihn durch ein deutliches Entgegenkommen gegen die Forderung des doppelten Schuldbekenntnisses aus der Welt schaffen. Zu diesem Zweck hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei dem Genfer Internationalen Sozialistenkongreß eine dem Vernehmen nach von Eduard David verfaßte Denkschrift „Zur Frage der Verantwortung im Weltkrieg“ vorgelegt, die in der Tat, wenn nicht ein formelles Schuldbekenntnis in doppelter Hinsicht, so doch nach beiden Richtungen eine Art Bekenntniserfaß vorstellt. In bezug auf das deutsche Schuldbekenntnis ist der Umfall der Sozialdemokratie ein fast vollkommener. Den Weg dazu mußten die Ergebnisse der deutschen und österreichischen Kriegsdokumente ebnen, durch die die Ansicht der Sozialdemokratie über den ja auch früher nicht geleugneten deutschen Schuldanteil wesentlich verschärft ist. Nur nebenher wird in der Denkschrift noch auf die in Bern stark betonte Tatsache verwiesen, daß die Archive der Entente immer noch hermetisch verschlossen sind. Aber obwohl die Sozialdemokratie auch jetzt davon durchdrungen sein will, wie gefährlich Teilwahrheiten für das Ganze der geschichtlichen Wahrheit seien, nimmt sie keinen Anstand mehr, nunmehr die Schuld des kaiserlichen Deutschlands in einer Weise zu akzentuieren, die die Mitschuld der Ententestaaten fast völlig verschwinden läßt und somit der ausgleichenden historischen Gerechtigkeit Gewalt antut. Der „ausschlaggebende Faktor“ der russischen Gesamtmobilmachung, in Bern von Hermann Müller so scharf herausgehoben, kommt in der Denkschrift als unmittelbare Kriegsursache kaum noch in Betracht. Jetzt wird der unmittelbare Kriegsursache „hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, in der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber“ gesucht. Nach der heutigen Auffassung der deutschen Sozialdemokratie trüge der Krieg auf deutscher Seite „die Kennzeichen eines verwerflichen Präventivkrieges, der zwar nicht unmittelbar und auf alle Fälle gewollt, doch in verbrecherisch leichtfertiger Weise riskiert wurde“. Den deutschen Machthabern wird im Hinblick auf die anfängliche Ermutigung Österreichs zum Vorgehen gegen Serbien der dolus eventualis unterstellt, die „böse Absicht, die den verbrecherischen Erfolg zwar nicht unter allen Umständen anstrebt, ihn aber doch als mögliche Folge des Handelns vorausieht, ohne ihn innerlich abzulehnen“. Ob die gleiche Kennzeichnung des dolus eventualis und verbrecherischer Leichtfertigkeit nicht auch auf die englischen und französischen Staatsmänner zutrifft, die durch ihre ermutigenden Mitteilungen nach Petersburg notorisch erst die russische Generalmobilmachung und in deren Verfolg, wie man auf englischer Seite sehr wohl vorausah, die deutsche Kriegserklärung auslösten, diese von Hermann Müller in Bern sehr ernstlich gestellte Frage bleibt jetzt in der Denkschrift unerörtert. Eine vom deutschen Standpunkt unwürdige Parteilichkeit liegt weiter in dem allein der deutschen Staatskunst gemachten Vorwurf, daß sie nicht die Gefahr des Weltkrieges zu bannen gesucht habe, indem sie die bestehenden Bündnisysteme auflöste. Ja trifft denn dieser Vorwurf nicht in dem gleichen Maße die Staatsmänner der Entente? Trifft er nicht in doppeltem und dreifachem Maße die englischen Staatsmänner, die durch ihren späten Beitritt zum

französisch-russischen Bündnisssystem die latente Kriegsgefahr erst akut gemacht haben?!

Man sieht, es ist der sozialdemokratischen Partei nicht mehr wie einst darum zu tun, die deutsche Sache, die nun einmal die Sache des deutschen Volkes ist und bleibt, soweit zu vertreten, als Wahrheit und Billigkeit erlauben und erfordern. Nein, diese Sache wird den sozialistischen Brüdern von der Entente zuliebe nahezu restlos preisgegeben. Sehr viel mehr bleibt es der sozialdemokratischen Partei darum zu tun, die eigene Kriegspolitik vor dem Forum der Internationale zu rechtfertigen. Freilich ganz um ein Schuldbekennnis in aller Form kommt sie auch hier nicht herum. „Es raft der See und will sein Opfer haben.“ So gesteht denn die Sozialdemokratie, die früher so kurz und bündig festgestellt hatte: wir haben den Krieg nicht gewollt und nicht geführt, jetzt unummunden ein: „Die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstags und damit auch der Sozialdemokratie lag, nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft zu haben, ist die Schuld, zu der wir uns vor aller Welt freimütig bekennen.“ Und abermals klagt sich die Sozialdemokratie der Schuld an, der deutschen Revolution, die zum Unglück der Welt, ganz besonders auch des deutschen Volkes um fünf Jahre zu spät gekommen sei, nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben. Und zum Dritten gibt die Sozialdemokratie zu, daß ihr Verhalten während des ganzen Krieges, innerlich gerechtfertigt, wie sie es glaubt, den ententistischen Sozialisten als Mitschuld und Beteiligung an den Greueln des kaiserlichen Deutschlands erscheinen konnte, vielleicht erscheinen mußte.

Mit demselben Recht aber hätte die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie sich nichts vergeben wollte, auch die Völker der Entente anklagen müssen, daß sie ebenfalls nicht die Führung der auswärtigen Politik, die dort nicht weniger als in Deutschland ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch geblieben war, rechtzeitig und energisch genug bekämpft haben. Mit demselben Recht wie das deutsche hätte sie das russische Proletariat beschuldigen müssen, den Zarismus nicht schon mit Erfolg vor 1914 gestürzt zu haben, was denn freilich jeden Weltkrieg unmöglich gemacht hätte.

Indem die deutsche Sozialdemokratie in der Denkschrift nur sich, immer nur sich selbst, nicht aber ihre Bruderparteien in den Ententeländern anklagt, die der gleichen Sünde bloß waren, fügt sie tatsächlich zu dem deutschen Schuldbekennnis das eigene hinzu. Mag sie für sich noch so sehr auf mildernde Umstände plädieren, sie konnte vorhersehen, daß die Sozialisten der Ententestaaten in Genf aus der Denkschrift einzig und allein das doppelte Schuldbekennnis herauslesen und sie darauf vor aller Welt festzunageln suchen würden.

Genau so ist es denn auch gekommen. Als die deutschen Delegierten, unter ihnen Scheidemann und Müller, einst die Exponenten der nationalen und selbstbewußten Tonart in der Partei, verspätet in Genf anlangten, hatte die Schuldkommission des Kongresses bereits eine Resolution ausgearbeitet, die das ganze doppelte Schuldbekennnis der Sozialdemokratie fein säuberlich zusammenstellte und dazu noch einige verfängliche Äußerungen Dr. Brauns beifügte, des einzigen deutschen Delegierten, der von Anfang an auf dem Posten gewesen war: so die Feststellung, daß es für die deutsche Sozialdemokratie keine elsäß-lothringische Frage mehr gebe. Auch diese Feststellung kann nur den peinlichen Eindruck verstärken, daß die Sozialdemokratie heute bereit ist, ihre eigene Haltung während des Krieges zu

verleugnen. Im Kriege hat die Sozialdemokratie keinen Zweifel daran gelassen, daß es just im umgekehrten Sinne keine elsäß-lothringische Frage für sie gebe. Es war am 9. Dezember 1915, daß der Abgeordnete Landsberg im Reichstage mit Bezug auf Elsaß-Lothringen die Erklärung abgab: „Wir — die Sozialdemokraten — aber sagen: Wer das Messer erhebt, um Stücke vom Körper des deutschen Volkes zu schneiden, der wird, mag er ansetzen wo er will, auf das in der Verteidigung einige deutsche Volk treffen, das ihm das Messer aus der Hand schlagen wird.“ Man wird gewiß mit der Sozialdemokratie nicht rechten wollen, daß sie das in diesen Worten liegende Versprechen nicht eingelöst hat; aber war es wirklich nötig, in Genf die Selbverleugnung bis zu der Braunschen Erklärung zu treiben?

Mit Freuden darf konstatiert werden, daß in sozialdemokratischen Kreisen das Gedächtnis an ihre bisherige deutsch- und selbstbewußte Haltung doch nicht ganz geschwunden ist. Weithin erregte das Bekanntwerden jenes Resolutionsentwurfs Befremden innerhalb der Sozialdemokratie. Auch der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion brachte in einem Telegramm an die deutschen Delegierten zum Genfer Kongreß zum Ausdruck, daß die Zustimmung unmöglich erscheine, da die Archive anderer Länder nicht geöffnet seien und deshalb solches Urteil über Schuldfragen ganz einseitig und ungerecht wäre. Es war also gerade das deutsche Schuldbekenntnis, das der Fraktionsvorstand aus einem echt deutschen, aber auch echt und gerecht sozialistischen Empfinden heraus als unmöglich ablehnte!

Unbegreiflicherweise haben es die deutschen Delegierten der Partei in Genf nicht erreichen können, daß gerade die Sätze über die deutsche Schuldfrage irgendwie abgeschwächt worden sind. Im Gegenteil ließen sie es zu, daß dieser Teil der Resolution noch verschärft wurde durch die Hinzufügung des Satzes: „Das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung der Folgen des Angriffes, die das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konfliktes mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte.“ Das ist ein überaus gefährlicher Satz, durch dessen Gutheißung nun die Sozialdemokratie auch ihrerseits dem berüchtigten § 231 des Versailler Friedensvertrages zugestimmt hat. Konnte und durfte ein Scheidemann, der im Frühsommer 1919 lieber auf seinen Reichskanzlerposten verzichtete, als daß er dem unseligen Friedensvertrage zustimmte, jetzt nachträglich und ohne Not seine Hand hergeben, um eine der schlimmsten Bestimmungen des Friedensvertrages zu sanktionieren?

Mit Stolz rühmt Scheidemann in seinen jüngsten Kasseler Auslassungen über die zweite Internationale, daß die Sozialdemokratie in Genf sich geweigert habe, ein eigenes Schuldbekenntnis abzulegen. Wirklich ist es den deutschen Delegierten, die die Verschärfung des deutschen Schuldbekenntnisses zuließen, gelungen, eine Abschwächung der Sätze der Resolution zu erreichen, die das subjektive Verschulden der Sozialdemokraten herausstellten. Aber dieser Erfolg, wenn es ein Erfolg ist (denn es bleibt das Schuldbekenntnis in der Denkschrift), macht es doppelt beschämend, doppelt schmerzlich für alle diejenigen, die der Sozialdemokratie um ihrer nationalen Haltung willen seit dem Kriegsbeginn freudig die Hand zur Mitarbeit gereicht hatten — auch der Schreiber dieses rechnet sich dazu —, daß in der nationalen Schuldfrage die Sozialdemokratie den Gang nach Canossa angetreten hat. Möchte es in der guten Absicht geschehen, worauf wieder Scheidemann hinweist, die geschlossenen Kräfte des internationalen Sozialismus für eine Revision des Versailler Friedensvertrages

frei zu machen. Aber ach, welche Kraft kann eine platonische Resolution über den Friedensvertrag, für die doch nicht etwa wie in der Frage der östlichen Neutralität die vollen Machtmittel des Proletariats eingesetzt werden, in einem Augenblick haben, wo der geeinigte Sozialismus eine der weittragendsten, in ihren Konsequenzen die dauernde Schuldknechtschaft der deutschen Arbeiterschaft festlegenden Bestimmungen des Friedensvertrages gleichsam noch einmal unterstrichen hat! Nur zu sehr zu fürchten ist, daß die Genfer Resolutionen von übler Vorbedeutung sein werden für die Wiedergutmachungskonferenz, die in demselben Genf in Kürze zusammenzutreten soll.

Eins aber ist gewiß: In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wird der Gang nach Canossa, den sie mit der Genfer Resolution angetreten hat, kein Ruhmesblatt sein.



Rückblicke und Ausblicke der chemischen Industrie

Von Oscar Neuf, Chemiker



Die Früchte gewaltiger, technisch vorzüglich durchgearbeiteter Probleme der deutschen chemischen Industrie standen bei Beginn des Krieges, begünstigt von der Sonne einer 40jährigen Friedensära, in prachtvoller Reife.

Durch zahlreiche, mühevoll, langwierige Einzelarbeiten war von deutschen Chemikern das einstige Neuland der synthetischen Farbstoffherstellung derart durchgeackert, daß die Anilinfarbe aus der deutschen Fabrik eine Marktstellung auf dem Handelsmarke der Welt darstellte; hunderte von deutschen pharmazeutischen Präparaten brachten Segen und Heilung in zwei ganze Welten. An Präparate, wie Salvarsan, Aspirin, Antiphrin und unzählige andere sei hier nur erinnert. — Das gewaltige Problem der Stickstoffgewinnung aus Luft hatte die Periode der üblichen technischen Kinderkrankheiten überstanden und war genügend vervollkommenet, um in den Großbetrieb übergeleitet zu werden. Eine große Anzahl weiterer ähnlich erfolgreicher chemischer Errungenschaften waren erzielt.

Über diese äußerlich weithin sichtbaren Erfolge hinaus waren uns durch Arbeiten großer Chemiker, wie Emil Fischers, Ehrlichs u. a. Testamente des Geistes vermacht worden, die es uns, hätte nicht die Brandfackel des Weltkrieges die Chemie auf andere Arbeitsgebiete verwiesen, ermöglicht hätten, zum Segen der Welt und Nutzen unseres Vaterlandes in den folgenden fünf Jahren gewaltige Friedensarbeit zu vollbringen.

Da kam der Weltkrieg. Das große Rädergetriebe der rein wissenschaftlichen Forschung, die da um ihrer selbst willen ist und arbeitet, stand mit einem Ruck still. Die Begeisterung zog die jungen Chemiker hinaus an die Front, die älteren wurden hierdurch ihrer Mitarbeiter beraubt, und an sie und die wenigen Zurückgebliebenen trat die Aufgabe heran, eine Kriegskemie ins Leben zu rufen, deren letztes Ziel und letzter Zweck es war, einzig der Verteidigung des Vaterlandes zu dienen.

Von diesem Gesichtswinkel aus wollen die technischen Erfolge beurteilt werden, welche die Chemie des Weltkrieges ihr eigen nennt. Denn ex post, lediglich